

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.377.701

Wien, am 17. August 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Hafenecker, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Juni 2020 unter der Nr. **2310/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Offenlegung des Vertrages zwischen Bundesregierung und Lufthansa Group hinsichtlich des Fortbestands der Austrian Airlines (AUA)“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 15:

- *Warum wurde die angekündigte Verhandlungslinie, finanzielle Hilfe nur gegen staatliche Beteiligung an der Lufthansa Group bzw. der AUA zu gewähren, nicht umgesetzt?*
- *Wurde seitens der Bundesregierung im Laufe der Verhandlungen eine derartige staatliche Beteiligung Österreichs als Bedingung formuliert und eingebracht?*
- *Wenn ja, inwiefern?*
- *Falls nein, warum nicht?*
- *Wurde seitens der Bundesregierung im Laufe der Verhandlungen eine Standortgarantie als Bedingung formuliert und eingebracht?*
- *Wenn ja, inwiefern?*

- *Falls nein, warum nicht?*
- *Wurde seitens der Bundesregierung in den Verhandlungen auf eine Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten der AUA gedrängt?*
- *Wenn ja, wie konkret?*
- *Falls nein, warum nicht?*
- *Wie gestaltet sich das vollständige Vertragswerk, welches zwischen Bundesregierung und Lufthansa Group geschlossen wurde, in vollem Umfang aus?*
- *Welche Personen gehörten dem Verhandlungsteam auf Seite der Republik Österreich an?*
- *Welche Personen gehörten dem Verhandlungsteam auf Seiten der Lufthansa Group bzw. der AUA an?*
- *Wurden zu dem unterzeichneten Vertrag auch Sideletter geschlossen?*
- *Wenn ja, welche?*

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2260/J vom 10. Juni 2020 und darüber hinaus auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfrage 2308/J vom 17. Juni 2020 durch den Bundesminister für Finanzen und der parlamentarischen Anfrage 2309/J vom 17. Juni 2020 durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

Sebastian Kurz

